

# Paris will Haft durch Therapie ersetzen

**Frankreich** Justizministerin Taubira präsentiert eine Justizreform, die zu reden gibt

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Frankreich steht ein neuer Glaubenskrieg bevor. Die sozialistische Justizministerin Christiane Taubira hat gestern in der wöchentlichen Regierungssitzung zuhänden des Parlaments die Kernpunkte einer Reform präsentiert. Die Grundidee ist, dass Haftstrafen nichts nützen. Statistisch gesehen kämen Wiederholungstäter hinter Gittern noch weniger auf den Pfad der Tugend zurück als sonst schon, meinte die resolute Ministerin aus dem Überseedepartement Guyana (Südamerika).

1000 neue «Sozialbegleiter» nötig

Taubira schlägt deshalb vor, dass auch unbedingte Haftstrafen zwischen einem und fünf Jahren im Prinzip nicht mehr vollzogen werden sollen. Verurteilte Kriminelle müssen während dieser Zeit eine Ausbildung, ein Stage oder eine Therapie absolvieren oder gemeinnützige Arbeiten leisten. Nur wenn sie sich nicht an diese Auflagen halten, kommen sie hinter Schloss und Riegel. Während ihrer Probezeit, aber auch danach sollen sie betreut werden. Deshalb sieht das Reformprojekt die Schaffung von 1000 «Sozialbegleitern» vor.

Präsident François Hollande steht hinter der Reform. Er hebt sich damit bewusst von seinem konservativen Vorgänger Nicolas Sarkozy ab, der 2007 im Gegenteil durchgesetzt hatte, dass Wiederholungstäter nicht mehr auf eine obligate Strafanrechnung zählen können und eine neue Strafe vollständig absitzen müssen. Der Ansatz könnte kaum unterschiedlicher sein. Die bürgerliche

**«Diese absurde und ideologische Reform nimmt vor allem auf die Gauner Rücksicht,»**

**Rachida Dati,**  
Ex-Justizministerin

Grosspartei UMP erklärt, die Reform fördere «ein Gefühl der Straflosigkeit». Heute schon würden die meisten Haftstrafen auf Bewährung ausgesetzt. Eingesperrt würden nur 17 Prozent der Verurteilten - und diese würden nun faktisch auch noch zum grössten Teil strafverschont.

Das sei «Irrsinn», meint die UMP, laut der auch Delikte wie Raub, Gewalt in der Ehe oder Sexualattacken



Christiane Taubira. KEYSTONE

unter die Neuerung fielen. «Diese absurde und ideologische Reform nimmt vor allem auf die Gauner Rücksicht», meinte Sarkozys frühere Justizministerin Rachida Dati, «sie stellt eine Beleidigung für die Opfer dar».

Gefängnisse fördern Kriminalität

Taubira kontert, es sei vor allem das heutige System, das Wiederholungstäter schaffe: Die überfüllten und unkontrollierbaren Gefängnisse seien ein Nährboden der Kriminalität, und die Resozialisierung bestehe nur auf dem Papier: 80 Prozent der Haftentlassenen blieben sich selbst überlassen, ohne jemals einen

Sozialarbeiter zu sehen. Besser sei es, die Delinquenten während und nach der Strafzeit zu betreuen und zu überwachen.

Um der Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat Taubira ihrem Gesetz zur «Individualisierung der Strafen» demonstrativ den Zusatz angehängt, es diene auch der «Vorbeugung von Wiederholungstaten». Als willkommener Nebeneffekt, so die Ministerin, würde die Zahl der Gefängnisinsassen abgebaut. Heute werden die 57 000 Zellenplätze in Frankreich von 67 000 Häftlingen belegt. Schätzungen zufolge würde die Justizreform bis zu 7000 Verurteilte strafverschonen. Taubira hatte zudem schon vor einem Jahr den Bau neuer Gefängnisse versprochen.

Die Franzosen scheinen von diesem Argument wenig überzeugt: 75 Prozent sind laut Umfragen gegen die Reform. Sie glauben offenbar kaum, dass Haftverschonte jemals wirksam betreut würden.